

Schlusserklärung

des 9. Kongresses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Seit Jahren erleben wir eine Daueroffensive durch Kabinett und Kapital: Sozialabbau, Abbau demokratischer Rechte, Massenentlassungen und Arbeitszeitverlängerung, Ausdehnung des Niedriglohnsektors sowie prekärer Beschäftigung und Ausgrenzung. Der Widerstand ist noch sehr bruchstückhaft und wenig koordiniert. Aus Erfahrung wissen wir aber, dass der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte nur dann eine Chance auf Erfolg hat, wenn es einen breiten und entschlossenen Kampf gegen den Sozialabbau gibt.

Als Gewerkschaftslinken, die wir in verschiedenen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wie der Erwerbslosenbewegung aktiv sind, machen wir seit Jahren die Erfahrung, dass die Gewerkschaften, außer hilflosen Appellen an die „Politik“ nichts tun, um aus der Defensive rauszukommen. Selbst auf ihren ureigensten Betätigungsfeldern werden unverzichtbare Positionen aufgegeben. Besonders krass ist dies hervorgetreten beim Abschluss des TvÖD, beim Abschluss des ERA-Abkommens oder beim Tarifabschluss Telekom vom Juni diesen Jahres. In all diesen Fällen haben die jeweils Verantwortlichen der Arbeitszeitverlängerung, dem Lohnraub oder der Einführung neuer Niedriglohngruppen bzw. möglichen Lohnabsenkungen zugestimmt. Dort, wo sich betrieblicher Widerstand gegen Lohnraub regt, bekommen die KollegInnen oft keine Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung bzw. werden mit Repression bedroht. Und in der Frage der systematisch vorangetriebenen Ausdehnung des Kombilohns haben die Gewerkschaftsführungen keine adäquate Antwort. Statt einen entschlossenen Kampf gegen Leiharbeit und Niedriglöhne zu führen, betreiben sie eine Alibikampagne für einen viel zu niedrigen Mindestlohn: Von 7,50 € in der Stunde kann in diesem Land niemand ein menschenwürdiges Leben führen. Damit wird noch nicht mal die Armutsgrenze erreicht.

Auf der anderen Seite gibt es seit Jahren ganz hervorragende Beispiele für tarifliche Kämpfe (etwa der 13-wöchige Streik im öffentlichen Dienst 2006 z. B. im Bezirk Stuttgart) und für betriebliche Abwehrkämpfe: z. B. BSH, DC, Alstom, Freudenberg. Gerade das Beispiel Freudenberg zeigt, dass auch heute Kämpfe erfolgreich gegen Ausgliederung und Verkauf geführt werden können. Oft, zu oft aber sind diese KollegInnen auf sich allein gestellt, haben wenig Unterstützung, und können von sich aus den Kampf nicht erfolgreich weiterführen. Gerade der Streik bei der Telekom hat schmerzlich vor Augen geführt, dass auch wir als Gewerkschaftslinken es versäumt haben, den Kampf auszuweiten auf andere Bereiche der Telekom, auf die Beamten der Telekom sowie auf andere Betriebe der Telekommunikationsbranche. Eine Vernetzung der einzeln geführten Kämpfe würde die Kämpfenden stärken und bessere Ergebnisse ermöglichen.

Alle Erfahrungen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen zeigen, dass dort, wo die KollegInnen ihre Angelegenheit selbst in die Hand genommen haben, sich demokratische Strukturen herausbilden, und dadurch die Auseinandersetzung eine gute Dynamik entwickelt und kämpferische und kreative Aktionen stattfinden, die zumindest Teilerfolge erzielen. Dies zeigt die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Demokratie einzufordern und zu entwickeln. Es zeigt sich, dass die KollegInnen auch jenseits von Gesetzen sich ihr Streikrecht oder das Recht auf Blockaden und Besetzungen nehmen. Dabei muss der aktive Einsatz gegen jegliche Einschränkungen des Streikrechts und gegen den Abbau demokratischer Rechte eine zentrale Aufgabe sein.

Die kritischen und selbstkritischen Diskussionen dieses Wochenendes bringen uns zu dem Schluss, dass wir uns künftig bei wichtigen Auseinandersetzungen und zu erwartenden Konfrontationen schon frühzeitig darum bemühen wollen, den Kampf zu unterstützen, statt ihn kritisch zu begleiten oder im Nachhinein nur zu analysieren. Gerade die zurzeit in verschiedenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie laufenden Aktivitäten gegen Lohnraub, Massenentlassungen, Schließungen und Verlagerungen wollen wir bekannter machen und zu einer Koordinierung von Widerstandsaktionen beitragen. In diesem Zusammenhang betonen wir unsere volle Solidarität mit allen von Repression bedrohten KollegInnen.

Aber auch unabhängig von betrieblichen Auseinandersetzungen wollen wir uns aktiv in die aktuellen gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen einmischen. Zurzeit ist dies vor allem die Debatte um den Mindestlohn. Wir wollen eine aufklärende und aktivierende Kampagne für einen Mindestlohn von wenigstens 10 € in der Stunde führen und für die Anhebung des Eckregelsatzes für ALG II- Empfänger auf mindestens 500 € + Warmmiete und für die Abschaffung aller Zumutbarkeitsregelungen, der Schnüffeldienste und der Stallpflicht für Jugendliche bis 25 Jahre.

Im Kampf gegen die Massenerwerbslosigkeit wollen wir uns für eine breite Kampagne zur Aufnahme des Kampfes für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich in großen Schritten einsetzen. Das nächste Ziel sollte die 30 Stundenwoche sein.

Stuttgart, den 1. Juli 2007